

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Aufträge 1,40 Mk. für die Woche, 6,- Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Postkonto: Nr. 23885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 100 mm, oberer Raum 0,90 Mk., unterer 1,00 Mk.
Stellen- und Wohnungsgesuche Familiennachrichten Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,50 Mk.
Werbung: Die Restameile, dreizehnen oder deren Raum, hinter Text 3,- Mk.

Weltwirtschaftskrise und Weltteuerung nehmen weiter zu!

Die Weltwirtschaftskrise.

I. Frankreich.

Die Textilindustrie in Roubaix befindet sich in einer schweren Krise. In mehreren bedeutenden Fabriken arbeitet man nur drei oder vier Tage wöchentlich. Es ist keine Aussicht auf Besserung der Lage. In den letzten zwei Monaten gingen die Aufträge um 40 Prozent zurück.

II. Dänemark.

Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Dänemark angemeldeten Arbeitslosen ist weiter gestiegen. Sie betrug 9027 Arbeitslose gegenüber 8740 in der Vorwoche. Von den Arbeitslosen entfällt die kleinere Hälfte auf Kopenhagen, die größere auf die Provinz. Besonders stark ist die Arbeitslosigkeit bei den Bäckern, Textilarbeitern, Maurern, Tischlern, Schmieden und Maschinenarbeitern, Typographen, Tabakarbeitern, Zimmerern und Näherinnen.

Die Weltteuerung.

I. England.

Die Londoner Blätter berichten, daß der Brotpreis eine starke Erhöhung erfahren wird. Die Ursache dieser Erhöhung ist in dem Beschluß der englischen Regierung zu suchen, bis zum Beginn des neuen Finanzjahres, d. h. bis zum 1. April 1921, den Beitrag des Staates zum Brotbezug aufzuheben. Dieser staatliche Beitrag belief sich auf jährlich 45 Millionen Pfund Sterling.

II. Frankreich.

„Echo de Paris“ schreibt, die Regierung beabsichtige, alles zu versuchen, um die Steigerung der Warenpreise zu beseitigen und eine Preisfrenkung bei den unerlässlich notwendigen Gebrauchsgegenständen herbeizuführen. Es fand eine Sitzung statt, die sich mit der brennenden Frage der Lebensmittelteuerung befaßte. Dabei sei hauptsächlich die Frage der Fleischversorgung behandelt worden. Es seien fleischlose Tage ins Auge gefaßt worden, doch habe man diesbezüglich zu keiner Entscheidung gelangen können.

Die polnische Räuberbande.

Die Polen haben unter Bruch des Waffenstillstands mit Litauen Wilna im Kampf genommen.

Die litauische Telegraphenagentur meldet: Am 7. d. Mts. unterzeichneten die Polen in Gegenwart der internationalen Schiedsgerichtskommission den Waffenstillstandsvertrag mit Litauen. Noch am selben Abend griffen sie die litauischen Stellungen unerwartet an, durchbrachen die Demarkationslinie und setzten mit ungewöhnlich starken Kräften den Vormarsch gegen Wilna fort. Es haben sich erbitterte Kämpfe entsponnen. In Stadt und Land haben sich Bürgerwehren gebildet. — Die letzten Ministerien haben die Hauptstadt Wilna nach ordnungsmäßiger Räumung am 9. Oktober verlassen. Es waren am 9. Oktober erbitterte Kämpfe an der Front in Wilna hörbar. Die Bevölkerung ist erregt. Die Juden flohen aus Angst vor Pogromen. Militär und Garnison halten die Ordnung aufrecht. Die General-Kommission des Völkerbundes ist aus Suwalki nach Wilna gereist, um mit den litauischen Regierungsvertretern den Sachverhalt zu untersuchen.

Streit und Kampf in Portugal.

Nach einem Bericht aus Lissabon hat der Kriegsminister die Eisenbahnen und Bahnhöfe militärisch besetzen lassen. Durch eine Verordnung werden alle Eisenbahner entlassen, die nicht zur Arbeit erschienen sind. Wegen verächtlicher Sabotageakte wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Eisenbahner erklären, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Republik nicht gefährdet sein sollte.

Vom „Segen“ der freien Wirtschaft.

Nach einer Mitteilung des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin ist das Ergebnis der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch in Berlin durchaus unbefriedigend. Der Auftrieb von Rindern und Kälbern blieb hinter dem zur Zeit der Zwangsbewirtschaftung zurück, hielt sich bei Schweinen in gleicher Höhe und war nur etwas stärker bei Schafen. Das im freien Handel herbeigelegte Fleischquantum hätte bei weitem nicht zur Versorgung der Berliner Bevölkerung genügt. Wenn jetzt in den Schlächtereien noch Fleisch zu haben ist, so ist das allein eine Folge der starken Preiserhöhung, die der minderbemittelten Bevölkerung den Fleischgenuß unmöglich macht.

Ganz mit Recht ertört das Nachrichtenamt der Stadt Berlin, daß bisher die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch der Bevölkerung zwar keine Verbesserung der Versorgung, dafür aber wesentliche Preiserhöhungen gebracht habe. Mehrmals ergibt sich bei der leichtfertigen Wiedereinführung des freien Handels dasselbe Bild: Verschlechterung der Versorgung der breiten Massen durch starke Preiserhöhung. Die bestehenden Schichten freilich, die jeden Preis zahlen können, leben besser als je zuvor und die Produzenten, die Messengewinne erzielen, lachen sich ins Häufchen. Das Proletariat aber zahlt die Kosten der Einlösung der rechtsparteilichen Wahlversprechungen.

Meldung: Die Landesversammlung sämtlicher badischer Preisprüfungsstellen beschloß, die badische Regierung zu ersuchen, sofort die nötigen Schritte zur Einführung der Planwirtschaft zu unternehmen, da durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Zusammenbruch des Ernährungswesens bevorstehe.

Alkohol.

Die Regierung des „Wiederaufbaues“ hat auch positive Leistungen aufzuweisen. So hat sie beschlossen, die Malzkontingente der Brauereien auf 30 Prozent des Friedensmalzverbrauchs festzusetzen, so daß in Zukunft neben dem Einfachbier auch Vollbier mit einem Stammwürzgehalt von 8 Prozent zugelassen wird. Zur Begründung wird angeführt, das jetzige Dünnbier würde je länger, je mehr von weiten Reisen der Bevölkerung zurückgewiesen, während der Genuß stark alkoholhaltiger Getränke — wie Schnaps und Liköre — ständig zunähme. Um der hierin liegenden Gefahr zu begegnen, wird — ein Bier hergestellt, das größeren Alkoholgehalt hat. Man bekämpft also den Alkohol — mit Alkohol! Wertvolle Nahrungsmittel wandern in die Brauereien, damit die Herrschaften — „Vollbier“ trinken können. Das ist auch so eine Art „Wiederaufbau“. Uebrigens ist die Begründung, daß zuviel Schnaps getrunken würde, nur ein Vorwand, denn der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Einfuhrerlaubnis für 500 000 Liter Rum und Arrak im Werte von etwa 25 Millionen Mark erteilt. Es wird also noch sehr viel Alkohol über die Grenze gelassen, damit erst recht dem Suff geströmt werden kann.

Machtprobe im Berliner Zeitungsgewerbe.

Auf Grund ihrer Sympathieerklärung für die Zeitungsverleger seitens der Buchdruckerbesitzer haben sich 150 Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausführung dieser Arbeiten durch das Personal werden die Druckerfirmen ebenfalls zu Entlassungen ihrer Arbeiter schreiten. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Neuen Zeit“ in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung auszuführen. Daraufhin sind diese Arbeiter fristlos entlassen worden.

Zweifellos unternehmen die Berliner Zeitungspatialisten auch außerhalb Berlins Versuche zur Herstellung ihres geplanten Blattes. Es ist deshalb notwendig, daß das Personal aller in Betracht kommenden Druckereienternehmen im Reiche scharf aufgepaßt, damit es nicht durch Verrichtung von Streikbrucharbeit den hart kämpfenden Berliner Klassen- und Berufsgeossen in den Rücken fällt.

Protestversammlungen.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. veranstaltete am Sonntag in 15 Lokalen Groß-Berlins Protestversammlungen mit der gemeinsamen Tagesordnung: Die Reaktion im preussischen Landtag und das neue Groß-Berlin. In den Kundgebungen nahmen etwa 20 000 Personen beiderlei Geschlechts teil. Es sprachen u. a. Paul Hoffmann, Dr. Weyl, Fr. Dr. Weyl, Richter, Zimmermann und Haffelbach. Man forderte, daß die Wahl der besoldeten Stadträte und auch die Wahl Dr. Löwensteins durchgesetzt werde. In den Debatten wurde den Parteiführern vorgeworfen, daß sie nicht auf dem Posten gewesen seien.

Spitzeleien der antibolschewistischen Liga.

Bei dem Vertreter der russischen Gewerkschaften in Berlin, Genossen A. Losowsky, fand am 8. Oktober eine plötzliche Durchsuchung seiner Papiere statt. Der Skandal ist um so unerhörlicher, als Losowsky vollständige Pässe besitzt und ganz offiziell vom Minister des Auswärtigen, Simons, empfangen worden ist. Sowohl das Auswärtige Amt, wie der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit und das Berliner Polizeipräsidium behaupten, keinen Auftrag zu der Hausdurchsuchung bei Losowsky gegeben zu haben. Wenn das stimmt, wurde es sich übermäßig um eine Spitzeleien von Geheimagenten der antibolschewistischen Liga handeln. Bisher ist gegen die Durchsuchung, auch aus früheren Anlässen, nie etwas unternommen worden, so daß sie straflos tun und lassen, was sie wollen. Es gibt wirklich idyllische Verhältnisse im „Rechtsstaat“ Deutschland!

Streik.

Meldung: Die städtische Arbeiterschaft von Chemnitz ist wegen Lohnfreitigkeiten in den Streik getreten. Infolgedessen wurden die städtischen Elektrizitätswerke und die städtischen Gaswerke abends stillgelegt. Die Stadt liegt im Dunkeln.

Parteitag der Kleinbürger.

In Kassel hat am 10. Oktober der Parteitag der MSPD begonnen.

Stinnes, der europäische Morgan.

Im Vorteil der Sonntagsausgabe der „Dresdener Zeitung“ heißt es u. a.:

„Es hat sich herausgestellt, daß die junge Berliner Bankfirma, die die Bochumer Gußstahl-Aktien in wenigen Monaten durch ihre Käufe von 350 auf über 700 getrieben hat, nur eine vorgeschobene Kulisse für den allmächtigen Stinnes war, der sich immer mehr zu einem europäischen Morgan entwickelt. Täglich nennt man andere Geschäftszweige, an denen Stinnes führendes Interesse nimmt. In die Kneberei war er schon vor längerer Zeit eingedrungen, ebenso auf dem Umwege über die Zelluloseindustrie in das Zeitungsgewerbe. Jetzt heißt es, daß er einen großen Autokonzern schaffen wolle. Die Käufe in Adleraktien, in Stoweraktien, in Nationale Automobil-Gesellschaft werden auf diese Quelle zurückgeführt. Mit regem Interesse verfolgt die Börse diese Pläne des Finanzmatadors. Daneben laufen parallele Bestrebungen anderer Industriefürsten, wie der Firmen Stumm, Klockner und Kupp. Man nennt besonders Gebr. Böhler, Erierer, Walzwerk, Essener Steinkohlenwerke und Hohenlohe, in denen man planmäßige Käufe der Bankfirma Hugo J. Herzfeld für unbekannt Rechnung als nächste Etappen in dem großen Konzentrationsprozeß beobachten will, während die sensationelle Bewegung in Augsburg-Nürnberg Aktien auf Stummische Einflüsse zurückgeführt wird. Bei anderen explosiven Kursbewegungen, wie bei Köln-Rottweil, Dynamit, Balldorf und in der Kaligruppe sieht man noch nicht klar. Hier gehen nebenher wohl auch Auslandskäufe.“

Der Konzentrationsprozeß in der Industrie macht riesige Fortschritte. Die Wirtschaft der Deutschen gehört nur noch einer ganz kleinen Anzahl Menschen. Morgan-Stinnes — mit dem der S. P. D. Mann Hue in Arbeitsgemeinschaft lebt!

Zur Gewerkschaftsfrage.

Von G. Sinowjew.

Ein sehr wichtiges Problem, das der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale zu behandeln hatte, war die Gewerkschaftsfrage. Wenn die zweite Internationale noch jetzt von irgendwelcher Bedeutung für die Bourgeoisie ist, so nur deshalb, weil die Gewerkschaften Deutschlands, Englands, Amerikas noch zur zweiten gelben Internationale gehören. Einige ultra-linke Genossen ziehen daraus vielleicht die Schlussfolgerung, daß das um so schlimmer für die Gewerkschaften wäre und man ihnen um so weniger Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Diese Schlussfolgerung kann jedoch mit Kommunismus nichts gemein haben. Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, diese oder jene Tatsache zu erklären, sondern auch darin, sie zu ändern. In der Gewerkschaftsfrage besteht die Aufgabe der Kommunisten nicht nur darin, zu erklären, wie die vielen Millionen zählenden Kleinbürgerlichen, reformistischen Gewerkschaften, die zum Bollwerk der Bourgeoisie und ihrer Agenten geworden sind, auf dem Hintergrund der dauernden friedlichen, reformistischen, bürgerlich-demokratischen Epoche entstanden und sich entwickelten. Unsere Aufgabe besteht darin, durch dauernde hartnäckige und beharrliche Arbeit zuerst innerhalb dieser Verbände große kommunistische Zellen zu bilden und dann durch diese auch alle diese Verbände in andere Bahnen zu leiten.

Die internationale proletarische Bewegung hat sich jetzt in der Gewerkschaftsfrage sozusagen direkt verrannt. Die zweite Internationale ist zerfallen. Gleichzeitig hat aber in Amsterdam die Wiedererrichtung der Internationale der „freien“, tatsächlich gelben Gewerkschaften begonnen. Auf einem Fuß hinlaufend, stützt sich die Bourgeoisie angestrengt auf den anderen Fuß. Die Bourgeoisie, die die zweite Internationale als internationale Vereinigung proletarischer Organisationen verloren und die völlige Enttarnung der alten sozialdemokratischen Parteien erlebt hat, die dem Kapital die treuesten Dienste leisteten, ist nun bestrebt, auf ein anderes Stützpfand umzuwechseln: auf die Gewerkschafts-Internationale. Und man kann ohne Übertreibung sagen: der rüberische Völkerbund ist jetzt weniger gefährlich für die internationale proletarische Revolution, als die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften. Daß der Völkerbund eine Räuberbande ist, das begannen jetzt die rückständigsten Arbeiter in Westeuropa und in Amerika zu verstehen. Und daß die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale eigentlich eine Agentur desselben rüberischen Völkerbundes ist, das verstehen sogar Millionen und Abermillionen organisierter Arbeiter derselben Länder noch nicht. Man kann mit Sicherheit sagen: wenn es uns gelänge, jene großen Gewerkschaften, die jetzt die einzige Stütze der bürgerlichen Politik unter den Massen sind, auf unsere Seite zu bringen, würden wir dadurch das Haupthindernis des Erfolges und raschen Verlaufes der proletarischen Revolution wegräumen. Das internationale Proletariat bliebe dann unter vier Augen mit der Hand der internationalen imperialistischen Räuber. Die Puffer wären weggeschafft. Der Zusammenstoß würde unvermeidlich und unverzüglich erfolgen. Und der Sieg wäre natürlich auf unserer Seite.

Eben deshalb wird die Frage über unser Verhältnis zu den Gewerkschaften eine gewaltige Bedeutung für den zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale haben. Einige quasi-linke Kommunisten predigen Massenaustritt aus den Gewerkschaften. Diese linken Phrasenhelden meinen, daß es genügt, den deutschen Gewerkschaften mit geringfügiger Grimasse die verächtlichen Namen „frei-gelber“ Verbände ins Gesicht zu schleudern, um dadurch unsere Aufgabe für gelöst zu halten.

Ja, die Verbände, die unter ihren Führern die Herren Legien, Sassenbach, Robert Schmidt und andere Handlanger

des Kapitals dulden, ja, diese Verbände sind augenblicklich „frei-gelbe“ Verbände! Das ist wahr. Wenn diese Verbände aber sogar dreimal „gelber“ wären, als sie eben sind, so hätten wir auch dann nicht das Recht auszutreten, wenn Millionen von Proletariern in diesen Verbänden organisiert sind. Wenn die zaristische Regierung durch ihre Gendarmen obersten in der Art des berüchtigten „sozialistischen“ Gendarmen Subatow in Rußland gelb-kerikale Gewerkschaften errichtete, traten die Volksgewirk nicht aus diesen Verbänden, sondern blieben auch dort, um von innen gegen die reaktionären Einflüsse zu kämpfen und den Arbeitern die Augen zu öffnen über die Rolle dieser Verbände.

Die „frei-gelben“ Gewerkschaften Deutschlands zählen gegenwärtig 7 Millionen Mitglieder. Diese 7 Millionen Mitglieder befinden sich leider ganz und gar in den Händen der Gewerkschaftsbürokratie. Der ganze Organisationsmechanismus der deutschen „frei-gelben“ Gewerkschaften ist so aufgebaut, daß die Gewerkschaftsbürokratie in den Verbänden schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. Nur allmählich, langsam, qualvoll langsam, beginnt die Vorhut der in diesen Verbänden organisierten Arbeiter an der gelben Gewerkschaftsbürokratie Revanche zu nehmen. Und doch ist es Tatsache, daß Millionen deutscher Arbeiter in den „frei-gelben“ Gewerkschaften organisiert sind. Die Woche des gegenrevolutionären Umsturzes von Herrn Kopp bewies allen, welch ungeheure Rolle diese „frei-gelben“ Gewerkschaften weiter spielen, die nur einzig und allein imstande waren, zeitweilig die Krone Eberts und Scheidemanns und damit auch die Krone der Bourgeoisie zu retten.

Und was können unsere ultra-linken Freunde in organisatorischer Beziehung vorläufig den „frei-gelben“ Gewerkschaften entgegenstellen? Die linken deutschen Kommunisten haben ihre „Arbeiterunion“ organisiert. Eine klangvolle Benennung, ein großartiges Aushängeschild, was steht jedoch dahinter? Die meisten „linken“ Kommunisten erklären, daß in ihrer Arbeiterunion in ganz Deutschland bestensfalls etwa 100 000 Arbeiter organisiert sind. Die deutschen Syndikalisten richten ebenfalls sehr viel Schimpfworte an die Adresse der „frei-gelben“ Gewerkschaften. Der deutsche Syndikalismus ist aus halbkleinbürgerlichen Sozialverbänden erwachsen. Und was sehen wir? Die deutschen Syndikalisten selbst erklären, daß es ihnen in einer Reihe von Jahren gelungen ist, in ihrem Verband höchstens etwa 250 000 Mitglieder zu organisieren. Und das ist alles, was unsere „linken“ den von den Herren Legien geleiteten Siebenmillionenverbänden entgegenzustellen haben!

(Schluß folgt.)

Der Bericht über die dritte Internationale.

Die kommunistischen Parteien und der neue Parlamentarismus.

1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus.

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der 1. Internationale, die der Annäherung der bürgerlichen Parlamente zum Zweck der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins, d. h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Der Verhältnis war nicht unter dem Einfluß ihrer Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des kapitalistischen Ausdehnungsgebietes gewann der Kapitalismus und gewann mit ihm die proletarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die „organische“ gefe-

berische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Mindestprogrammes der Sozialdemokratie, die Verwindung des Programms in eine Debatteformel für ein überaus entferntes „Endziel“. Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der 3. Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue reine Lehre, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Maße historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus aber, hat sich das Parlament in eines der Werkzeuge der Lüge, des Betruges, der Gewalt und des entnervenden Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen verlieren parlamentarische Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmäßigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft, verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Uebergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiete des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die Volksgewirk) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergegangenen Periode ausgearbeitet, weil Rußland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Soweit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei und es abzulehnen, sich von den parlamentarischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie — dem Wesen der Sache nach — aus von der benutzten aber unbewußten Schätzung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft und nehmen an, daß auf dieser Grundlage im Kampfe um Reformen eine Koalition mit den Durati und Longuet praktische Resultate ergeben kann. Sobald der Kommunismus in Erscheinung tritt, muß er theoretisch von der Klarlegung des Charakters der gegenwärtigen Epoche ausgehen (Höhepunkt des Kapitalismus; imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges usw.) In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe: es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats für die Zerschlagung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinausverlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Cliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich bloßstellen usw. usw.

(Fortsetzung folgt.)

Der Terrorismus.

Von L. Trotski.

(Fortsetzung.)

Die Strafe der proletarischen Diktatur in Rußland — sagen wir es gleich hier — war durch nicht weniger schwierige Verhältnisse bedingt. Eine ununterbrochene Front im Norden wie im Süden, im Westen wie im Osten. Außer den russischen weißgardistischen Armee-Kolossalen, Densins usw. kämpften gegen Sowjetrußland gleichzeitig oder nacheinander: die Deutschen und Österreichern, die Ungarn, Serben, Polen, Ukrainer, Rumänen, Franzosen, Engländer, Amerikaner, Japaner, Japaner, Sinesen, Sinesen... Im Lande, das von der Misere gequält wird und vor Hunger erstickt, finden ununterbrochene Verheerungen, Aufstände, terroristische Akte, Zerstörungen von Barackenlagern, Beyer und Brücken statt.

Die Regierung, die den Kampf mit den ausländischen Invasoren und inneren Feinden aufzunehmen hatte, besaß weder Geld noch genug Truppen, besaß nichts als grenzenlose Energie, die große Unterstützung seitens der revolutionären Elemente des Landes und die ungeheure Fähigkeit, alle Kräfte zu konzentrieren zur Rettung der Heimat zu treffen, wie wirksam, unerschrocken und streng diese auch waren. Mit diesen Worten hat einst Plechanow die Regierung... der Jakobiner charakterisiert („Der Sozialdemokrat“). Drei-malige literarisch-politische Revue. Februar, 1. Band. London 1890. Artikel „Das Jahrtausend der großen Revolution“, S. 6-7.

Wenden wir uns der Revolution zu, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Lande der Demokratie, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas abspielte. Es handelt sich hier um die Revolution des Proletariats überhaupt, sondern nur um die Vorbereitung des Überganges an den Schwarz, besonnenen, besonnenen, besonnenen der Demokratie dadurch möglich, den Kampf auf friedliche Weise beizulegen. Die bei der Präzedenzfall von 1850 geschlossenen friedlichen Staaten beschloßen, zu jeder Preis den Versuch zu unternehmen, über den sie bis dahin in Interesse der Sklaven verfahren hatten und betreten die Wege des Auftrages der Sklavenbesitzer, indem sie, wie es sich ge-

hört, während Phrasen über Freiheit und Unabhängigkeit im Munde führten. Hieraus entsprangen unaussprechlich alle weiteren Folgen des Bürgerkrieges. Schon zu Beginn des Kampfes hatten die Militärmächte in Baltimore einige Bürger, Anführer der Sklavenbesitzer des Südens, angehalten des „habeas corpus“ in das Fort Mifflin eingesperrt. Die Frage der Geschlossenheit oder Ungeschlossenheit derer Handlungen wurde zum Gegenstand eines heißen Streites zwischen den sogenannten „höheren Autoritäten“. Der Oberste Richter Leary entschied, daß der Präsident weder das Recht habe, die Wirkung des „habeas corpus“ anzuerkennen noch die militärischen Behörden dazu zu bevollmächtigen. „Das ist aller Besorgnis wegen die richtige konstitutionelle Entscheidung dieser Frage“, sagt einer der ersten Historiker des amerikanischen Krieges. Die Sache war aber bis zu einem solchen Grade kritisch und die Notwendigkeit, gegen die Bevölkerung von Baltimore entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, bis zu einem solchen Grade gezwungen, daß nicht nur die Regierung, sondern auch das Volk der Vereinigten Staaten die weitestgehenden Maßnahmen unterstützten. („Geschichte des amerikanischen Krieges“ von Fletcher, Oberst der schottländischen Gardebrigade, 1857. S. 95).

Einige Gegenstände, deren der ursprüngliche Süden bebaute, wurden ihm von nördlichen Kaufleuten heimlich zugeführt. Natürlich ließ den Nordländern nichts anderes übrig, als ihre Festigkeit zu repressieren zu nehmen. Am 6. August 1851 beschloß der Präsident den Beschluß des Kongresses „über die Konstitution des zu Anwerbszwecken bezogenen Cigaretten“. Das Volk, in der Person der meist amerikanischen Erfindung, war für solche Maßnahmen; die republikanische Partei hatte im Norden das entsprechende Uebereinkommen, und Leary, der des Geschehenes, d. h. der Unterdrückung der abtrünnigen südlichen Staaten unwirksam waren, wandte Gewalttaten an. In einigen nördlichen Staaten und sogar in den durch ihre Ordnung beruhigten Staaten von Va. wurde das Volk nicht selten in die Geschäfte der Feilschenden ein, die die ursprünglichen Sklavenbesitzer unterstützten und zuträgen die Druckerpressen. Es

kam vor, daß reaktionäre Herausgeber mit Teer beschmiert, mit Federn geschmückt durch die Straßen geführt und darauf gezwungen wurden, dem Bunde den Eid der Treue zu leisten. Eine solche mit Teer beschmierte Persönlichkeit eines Plantagenbesitzers sah einem „Selbstzweck“ wenig ähnlich, so daß der kategorische Imperativ Kant's im Bürgerkrieg der Staaten große Entbehrung erlitt. Das ist aber nicht alles. „Die Regierung ihrerseits“, erzählt uns der Historiker, „ergriff allerhand Strafmaßnahmen gegen die Verleger, die mit ihrer Meinung nicht einverstanden waren und in kurzer Zeit befand sich die bis dahin freie amerikanische Presse in einer Lage, die kaum besser war als die der autokratischen europäischen Staaten“. Das gleiche Schicksal ereilte auch die Redefreiheit. „Auf diese Weise“, fährt Oberst Fletcher fort, „entsagte das amerikanische Volk in dieser Zeit dem größten Teil seiner Freiheit. Man muß bemerken — fügt er belehrend hinzu, — daß die Mehrheit des Volkes bis zu einem solchen Grade vom Kriege in Anspruch genommen, bis zu einem solchen Grade von der Bereitschaft zur Erreichung ihres Ziels jede Art von Opfer zu bringen, durchdrungen war, daß es nicht um den Verlust der Freiheit beklagte, sondern ihn fast nicht bemerkte.“ (Geschichte des Amerikanischen Krieges. S. 162-164).

Ungleich schmerzlicher behandelten die blutigen Sklavenbesitzer des Südens ihr zügelloses Gefinde. „Nebenall, wo sich eine Mehrheit für die Anhänger der Sklaverei bildete“, erzählt der Graf von Paris, „verhielt sich die öffentliche Meinung der Minderheit gegenüber despotisch. Alle, die die Rationaljahre beklagten... wurden gezwungen, zu schweigen. Bald genügte aber auch diese nicht; wie bei jeder Revolution wurden die Gleichgültigen gezwungen, ihrer Sympathie für die neue Ordnung Ausdruck zu verleihen... Diejenigen, die darauf nicht eingingen, wurden dem Haß und den Gewalttätigkeiten der Volksmenge zum Opfer gebracht... In jedem Zeitraum der entstehenden Zivilisation (Südweststaaten) bildeten sich Komitees der Wachsamkeit aus allen denen, die sich durch Leidenschaft im Wahlkampf aus-

(Fortsetzung folgt.)

1. Betriebsrätekongress Deutschlands.

Berlin, den 8. Oktober 1920.

3. Tag (Schlußbericht).

Die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung: „Aufgaben der Betriebsräte“ und „Zusammenfassung der Betriebsräte“ werden fortgesetzt, und erhalten nunmehr die Korreferenzen das Wort.

Als erster Korreferent spricht Brandler. Er erklärt, mit Dismann einverstanden zu sein, daß die Probleme nicht mit revolutionären Phrasen, sondern nur mit revolutionären Taten gelöst werden können. Er ist ferner mit ihm einverstanden, daß man nicht auf die Führer schimpfen soll, sondern sich mit ihnen sachlich auseinandersetze. Dismann habe nun zwar verschiedenes gesagt, was für die Zukunft zu tun sei, aber er hat nicht gesagt, was in der nächsten Zeit zu tun sei. Redner sagt, daß der Kampf über die Form der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte von der Weltanschauung abhängt, die man hat. In den Gewerkschaften sei eine einheitliche Weltanschauung nicht vorhanden. Die Grundanschauung der bisherigen Redner war die, daß mit den Methoden der Vorkriegszeit der Sozialismus errungen werden kann, während wir der Meinung sind, daß diese Methoden überholt sind. Die Ideologie der Arbeiterklasse hat sich von 1914 bis 1920 gewaltig geändert, wir haben zwar noch nicht alle Arbeiter zu unseren Ideen bekehrt, aber doch unerhörte Fortschritte gemacht. Wir sind keine Revolutionsfanatiker, aber auch keine Wirklichkeitsfanatiker. Nur der ist ein Revolutionär, der das, was fällt, stürzt, hilft, und das, was sich hebt, aufrichtet hilft. Das ist die Aufgabe der Betriebsräte. Es genügt nicht das Lippenbekenntnis zur Diktatur des Proletariats. Diktatur des Proletariats bedeutet die Eroberung der politischen Macht und Beseitigung der Widerstände mit Mitteln, die abhängig sind von den Mitteln des Widerstandes. Deshalb müssen wir mit dem Bürgerkrieg rechnen. Aufgabe der Betriebsräte ist es daher, die Arbeiter einzugliedern und ihnen ihre Plätze im Befreiungskampfe zuzuweisen. Wir müssen der Arbeiterklasse sagen: Rühret euch auf den Bürgerkrieg und sorgt dafür, daß ihr Sieger bleibt. Der Redner empfiehlt dann eine Resolution zur Annahme, die für die Betriebsräte spezielle Aufgaben anführt, die dem revolutionären Kampf dienen sollen. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Korreferent Rich. Müller tritt der Auffassung entgegen, daß die Vertreter der selbständigen Betriebsräteorganisationen die Gewerkschaften zer schlagen oder sich über die Gewerkschaften stellen wollen. Er versucht dann unter lebhafter Unruhe des Kongresses, die Notwendigkeit der besonderen Organisation der Betriebsräte nachzuweisen, da dadurch auch die Christlichen, die Hirsch-Dunckerischen und die Gelben für den gemeinsamen Kampf gewonnen werden könnten. Der Redner kritisiert dann die Michilinen des A. D. G. B. und der Ufa, wodurch die Gewerkschaftsbürokratie in den Betriebsräteversammlungen nach Meinung des Redners ein bedeutendes Übergewicht erhalten würde. (Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Der Eintritt in die Tagesordnung wird beantragt, den Kongress noch einen Tag länger tagen zu lassen, da sonst nicht die nötigen Aufgaben des Kongresses erledigt werden können. Dieser Antrag wird abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, nur je einem Referenten und Korreferenten das Wort zu erteilen. Große Unruhe und Hinarufe werden wieder laut, als der Kongress es ablehnt, dem russischen Gewerkschaftsmitglied außerhalb der Tagesordnung nochmals das Wort zu erteilen. Da die Abstimmung zweifelhaft war, wird erneut abgestimmt und es ergibt sich, daß jetzt die Mehrheit dafür ist, daß Losowski zu Wort kommt.

Losowski führt nun aus, daß in Rußland Betriebsräte gebildet wurden, weil keine Gewerkschaften vorhanden waren. Redner schildert dann den Kampf dieser Betriebsräte um ihre Forderungen, die sich im wesentlichen mit denen der deutschen Arbeiter decken. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion stieß nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auch auf den einer ganzen Reihe von Angestellten und Beamten, sowie auf den von Rechtssozialisten, die statt einer Arbeiterkontrolle eine Staatskontrolle einführen wollten. Redner schließt, daß die Produktion entweder nur den Unternehmern oder nur den Arbeitern gehören könne. Ein Mittelweg gebe es nicht. Die Arbeiter haben zu wählen. (Beifall.)

Die Diskussion über Punkt 3 und 4 wird nun eröffnet. Es kommen aber nur vier Redner zum Wort, die teilweise beschweren über das Betriebsrätegesetz und seine Anwendung erheben und sich teils für, teils gegen die Selbstständigkeit der Betriebsräteorganisation aussprechen. Dann wird Schluß der Debatte beantragt und mit großer Mehrheit beschlossen.

Es folgen die Schlußworte. Brandler (Schlußwort) wendet sich in der Hauptsache gegen die Resolution Dismann über die Aufgaben der Betriebsräte. In dieser Resolution stehen nach Ansicht des Redners nichts als Redensarten. Es komme nicht darauf an zu sagen, was man wolle, sondern wie es gemacht werden soll. Redner wendet sich dann der Zusammenfassung der Betriebsräte zu und vertritt nochmals mit Schärfe die Selbstständigkeit der Organisation. Wenn auch der Kongress die freigewerkschaftliche Betriebsorganisation beschließen und damit den selbständigen Betriebsräte-Organisationen ein Begräbnis bereiten würde, dann müsse gesagt werden, die selbständigen Betriebszentralen werden weiter leben und einst ihre eigenen Totengräber begraben. (Starker Beifall.)

Dismann polemisiert in seinem Schlußwort zunächst gegen Brandler, der, um gegen die andere Richtung aufzutreten

zu können, sich einen Popanz zurechtgemacht habe: zweierlei Weltanschauungen. Die Gewerkschaften standen stets im Zeichen des Sozialismus und viele Gewerkschaftler haben Opfer dafür bringen müssen. Man versucht mich zu diskreditieren, indem man darauf hinweist, daß ich in Gemeinschaft mit Brodat und Körper für die freigewerkschaftliche Betriebsräte-Organisation eintrete. Nun, beide werden nicht behaupten, daß sie politisch mit mir auf einem Boden stehen. Die große Mehrheit der Delegierten, die auf dem Boden der U. S. P. stehen, lehnt es ab, sich mit Euch zu identifizieren. (Lebh. Zustimmung.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Gewerkschaften zu revolutionären Aktionen bringen müssen. Wenn Brandler sagt, meine Resolution zeige keine positiven Vorschläge, so weise ich darauf hin, daß ich u. a. fordere, den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für die Kontrolle der Produktion aufzunehmen. Was Rußland betrifft, so hat uns der Genosse Schlapnikoff erklärt, daß dort die Betriebsräteorgane Organe der Gewerkschaften sind. Und Bucharin hat erklärt, daß ohne die Gewerkschaften die kommunistische Wirtschaft sich nicht hätte halten können. Also in Rußland anerkennt man die Tätigkeit der Gewerkschaften, in anderen Ländern aber bezeichnet man die Gewerkschaft als gelbe. Und man will die Amsterdamer Internationale zerreißen und will uns einreden, daß man die Gewerkschaften international spalten und die nationalen erhalten könne. Das zu glauben, sind wir nicht dumm genug. Richten Sie Ihre Zustimmung so ein, daß die Unternehmer sehen, daß wir eine geschlossene Kampffront bilden und der Sieg unser sein wird. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen nun die Abstimmungen über die folgenden Anträge und Resolutionen. Zuerst wird über die Resolution Brodat abgestimmt, die vorschlägt, die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Diese Resolution wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. — Fast einstimmige Annahme fand die Resolution Dismann, die den Betriebsräten als wichtigste Aufgabe die Produktionskontrolle zuweist und die Gewerkschaften auffordert, dem Wirtschaftsjabotage verübenden Unternehmertum die geschlossene Phalanx der Hand- und Kopfarbeiter entgegenzustellen. — Ebenfalls fast einstimmig angenommen werden drei Resolutionen Körper, die fordern 1. eine Novelle zum Betriebsrätegesetz, in der das volle Mitbestimmungsrecht gesichert wird; 2. ein besonderes Gesetz über die den Betriebsräten vorzulegende Betriebsbilanz; 3. die schleunige Verabschiedung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. In einer vierten ebenfalls angenommenen Resolution Körper erklärt sich der Kongress einverstanden mit dem Aufruf der Ufa, der die Angestellten auffordert, den Betriebsräten die für die Kontrolle nötigen Angaben zu machen. — Einige Anträge, die Vorschläge zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes enthalten, werden dem Beirat überwiesen. Eine Resolution, die den Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter in Industrieverbänden fordert, wird dem Ausschuß des Gewerkschaftsbundes überwiesen. — Eine Protestresolution gegen das beabsichtigte Dienstpflichtgesetz und gegen die Bestrebungen auf die Beseitigung des Achtstundentages findet einstimmige Annahme, ebenso eine Resolution zur Wohnungsnot. Eine Resolution, die sich gegen die von der Enquete verlangte Vernichtung von Dieselmotoren wendet, findet durch einen Vorschlag des Vorsitzenden Grafmann seine Erledigung, im Sinne dieser Resolution beim Vorsitzenden der Entenkommission durch eine Kommission persönlich vorstellig zu werden. — Es wird ferner protestiert gegen die Stilllegung der drei größten württembergischen Fabriken und gegen die württembergische Regierung, die nicht dagegen einschritt, ferner gegen die Immunitätsverletzung gegenüber dem Abgeordneten Eisenberger. Des weiteren werden Maßnahmen zur Sicherung der Tätigkeit der Betriebsräte bei der Eisenbahn gefordert.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen und einem Schlußwort des Vorsitzenden Aufhäuser wird der Kongress um 8 1/2 Uhr geschlossen und die Delegierten entfernern sich unter Abftingung des Sozialistenmarsches.

Blüten vom „Reichs-Wirtschaftsrat“.

I. Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates gab die Regierung eine Erklärung über ihre Stellungnahme in der Sozialisierungsfrage ab. Reichschatzminister v. Kaumer sagte: „Die Regierung hat ihre Stellungnahme gegenüber dem Sozialisierungsproblem festgelegt, wie sie der Reichsarbeitsminister in der Reichstags-sitzung vom 5. August abgegeben hat. Es heißt in dieser Erklärung: Der Reichswirtschaftsrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist. Der Kabinettsbeschl. vom 22. September, in dem der Reichswirtschaftsrat beauftragt wird, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichtes der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen, ist einstimmig gefaßt worden.“

II. Abg. Baltrusch: Brotgetreide und Kartoffeln werden in großen Mengen verfrachtet. Das Ernährungsministerium läßt die Verbraucher nicht zu Worte kommen. Die Produzenten scheinen dort mehr gehört zu werden.

Der Stinnes: Vogel-Strauß-Politik sollte man nicht treiben. Wenn wir die bisherige Preispolitik fortsetzen, wird der Wert der Mark noch weiter sinken. Die Produktionspolitik ist unsozial. Der Ausschuß sollte sich über die Getreidelage informieren. Der Getreidepreis muß den Produktionskosten entsprechen. So geht es keine sechs Monate mehr weiter. Wir müssen für die Erzeugung genügender Ausführproduktion sorgen, damit die Mark eine andere Zahlungskraft bekommt, sonst kommen wir zum Warenaustausch und Ausschaltung des Geldes.

Abg. Baltrusch: Das Brot darf nicht verteuert werden. Für arme Familien würde das eine Katastrophe bedeuten. Die hohen Fleischpreise haben schon jetzt große

Unruhe in der Arbeiterschaft erregt. Soll das Brot etwa 9 bis 10 Mark kosten? Das ist unmöglich!

Abg. Dr. Hartung: Der einzige Weg der Rettung ist, mehr arbeiten.

Herauffegung der Arbeitszeit auf 8 bis 9 Stunden.

So schaut der „Reichs-Wirtschaftsrat“ aus. Seht euch das (Stinnes)-Instrument genau an, Proletarier!

Das Bürgertum und die S. P. D.

Ein Lobgesang.

In der Sonntag-Nummer der „Breslauer Zeitung“ schreibt der bekannte alldoische Liberale Dr. Alfred Dohle in einem Artikel folgendes:

„Es hat sich vieles zu unseren Gunsten gewandelt, auch in der Sozialdemokratie. Der Kampf, der auf dem Berliner Betriebsrätekongress ausgefochten wurde, war ein Kampf der einsichtigen und verständigen sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen einen trüben, gewissenlosen, verblendeten Radikalismus, der in seiner Beschränktheit, in seinem Eigennutz und seiner maßlosen Verblendung nicht über seine Nasenspitze hinauszusehen vermag.“

Der Durchschnitt der deutschen Arbeiterschaft, wie er von starken Gruppen der Mehrheitssozialisten vertreten wird, und das einsichtige Bürgertum, das Verständnis für die geschichtliche Entwicklung und ein warmes Gefühl für die sozialen Notwendigkeiten hat, sie sind trotz alledem und alledem aufeinander angewiesen.

Wer das erkennt, erkennt die Zeichen der Zeit.“ Die verständigen Mehrheitssozialisten und das einsichtige Bürgertum! Hand in Hand. Ideale und Tatsächlichkeiten von Dr. Alfred Dohle und Paul Loebe. Mein Herz, was willst Du noch mehr?

Kapitalistische Wirtschaft.

Deutschlands wirtschaftliche Lage im September.

(Schluß.)

In der metallverarbeitenden Fertigungsindustrie bestand weiter die Tendenz der Abnahme der Aufträge, der Verschlechterung der erzielten Preise, aber der Zunahme der Rohstofflieferung. Diese Industrie mit ihrer heute über-großen Arbeiterschaft ist daher vor eine dauernd wachsende und in ihrer Entwicklung noch nicht übersehbare außer-ordentliche ernste Lage gestellt. Ein angemessener Preisabbau konnte trotz verschiedener Ermäßigungen auf einzelnen Gebieten noch nicht eintreten, weil die noch recht beträchtlich teuer eingekauften Rohstofflager daran hinderten. Nur in Rohstoffen für die Eisengießereien und Maschinenfabriken, in Grobblechen für den Schiffbau und in einer Reihe von Spezialsorten von Walzstahl, wie z. B. von Winkelstahl für den Waggonbau blieb noch eine gewisse Materialknappheit bestehen. Durch die ungünstige Lage der metallverarbeitenden Industrie sind auch die Facharbeiter in eine schwierige wirtschaftliche Lage versetzt, so daß in letzter Zeit Bestrebungen zur Abwanderung in neutrale Staaten erheblich hervortraten und denen nur wirksam begegnet werden kann, wenn die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie sich ändert. Zahlreiche Annullierungen von Aufträgen, lagen vor, insbesondere in der Fahrzeugindustrie.

In der Maschinenindustrie lagen zwar noch langfristige Verträge vor, die einen gewissen Beschäftigungsgrad gewährleisteten, doch ging der Auftragsbestand selbst weiter zurück, insbesondere weil das Ausland mit Bestellungen sehr zurückhielt. Neben einigen gut beschäftigten Firmen beschränkte die Mehrheit der Werke die Arbeitszeit sehr, zum Teil auf zwei Tage in der Woche. Die Läger nahmen beträchtlich zu. Der landwirtschaftliche Maschinenbau lag besonders darnieder. Preisermäßigungen waren sowohl im Inlands- wie im Auslandsgeschäft zu bemerken.

Auch in der Elektrotechnik ging der Auftragsbestand dauernd zurück. Einzelne Werke arbeiteten nur noch 3 Tage in der Woche mit verkürzter Arbeitszeit. In einigen Zweigen wurde fast ausschließlich auf Lager gearbeitet. Die Inlandspreise gingen herunter; die Auslandspreise wurden noch gehalten.

In der Fahrzeugindustrie war der Inlands- und Auslandsmarkt äußerst matt. Aufträge fast gar nicht vorhanden. Die Industrie führt die Inlandsförderung zum großen Teil auch auf die Zulassungsbeschränkungen für Motorfahrzeuge und die Bewirtschaftung der Betriebsstoffe zurück. Am Auslandsmarkt machte sich besonders die amerikanische, die englische, die italienische Konkurrenz fühlbar. Auch im Absatz von Fahrrädern und Einzelteilen nach dem Auslande trat eine starke Stöckung ein. Im Schiffbau ging der Auftragsbestand zurück, vor allem bei dem der Luxusfahrzeuge. Einige Bootswerften stellten ihre Betriebe bereits ein. Die großen Seeschiffswerften waren nur zum Teil mit deutschen Aufträgen versehen und stellten sich auf Inlandsförderung von Lokomotiven und Waggonen ein. Außerdem wurden Schiffe vom Ausland gegenüber dem deutschen Herstellungspreis billiger angeboten.

In der Feinmechanik und Optik ging der Auftragsbestand auch so weit zurück, daß Arbeits-einschränkungen und Entlassungen von Arbeitern Platz greifen mußten. Der Absatz im Inland stocte außerordentlich. Namentlich die Abnehmer wissenschaftlicher Apparate waren bei den hohen Preisen nicht imstande, Anschaffungen zu machen. In- und Auslandspreis glichen sich im wesentlichen aus.

Die Lage der photographischen Industrie bleibt bedenkenerregend. Bei den Arbeits-einschränkungen und Entlassungen besteht die dauernde Befürchtung der Ab-

